

Kritik an Pandemie-Management erneuert

Podiumsdiskussion der Bad Nauheimer Gespräche

Vor einem Jahr kamen die selben Experten aus Medizin, Recht und Politik schon einmal zusammen, um ein Zwischenfazit zum Corona-Management der Regierung zu ziehen. Doch seit dem hat sich einiges an der Lage der Pandemie verändert: Die offiziellen Infektionszahlen haben sich – auch wegen der neuen Omikron-Variante – verzehnfacht (Stand: Juli 2022). Zudem ist nun eine neue Regierung und damit ein neuer Gesundheitsminister an den Hebeln der Macht. Nun lud der Förderkreis Bad Nauheimer Gespräche am 14. Juli für die Folgeveranstaltung in die Räumlichkeiten der Landesärztekammer in Frankfurt am Main ein. Hat sich etwas an der Einschätzung der Experten verändert?

Die Anwesenden waren sich bezüglich der Kritik an dem Pandemie-Management erneut überwiegend einig. Für sie ergab der Blick auf die vergangenen zwölf Monate wenig Positives.

Impfkampagne „ineffektiv“

Zunächst begann die Podiumsdiskussion – moderiert von Prof. Dr. med. Ursel Heudorf – mit Kurzreferaten der Experten. Dr. med. Edgar Pinkowski, Präsident der Landesärztekammer Hessen, forderte im vergangenen Jahr von der Politik: „Gebt uns Impfstoff und wir machen aus dem Lüftchen einen Orkan.“ Damit sollten die Verantwortlichen aufgefordert werden, das Impfen den Ärztinnen und Ärzten zu überlassen und nicht etwa über Impfzentren zu verteilen. „Aus dem Lüftchen ist leider nur ein Wind geworden“, sagte Pinkowski, da den Ärzten nicht genügend Impfstoff bereit gestellt worden sei. Von einem „kommunikativem Durcheinander“ sprach der Landesärztekammerpräsident: „Dennoch hat die Ärzteschaft den Impfstoff, den sie bekommen hat, selbstverständlich verimpft und hat auch eine wesentlich größere Zahl von Menschen geimpft als die weit teurer agierenden Impfzentren.“ Die Impfzentren seien ein Beispiel für ineffektives Impfen, zudem habe die weitere Diversifikation des Impfstoffes an Apotheker oder Zahnärzte da-

zu geführt, dass der Impfstoff nicht in der Effektivität bei den Menschen angekommen sei, es sei ein „politisches Desaster“. Auch jetzt sehe er keine Verbesserung der politischen Lage, da der Gesundheitsminister die Experten der STIKO aushebele und deren evidenzbasierte Empfehlungen in Frage stelle. Damit werde die Bereitschaft der Bevölkerung für etwaige Maßnahmen im Herbst oder Winter weiter untergraben.

Schaden für Kinder und Jugendliche

Im Anschluss referierte Prof. Dr. med. Hans-Iko Huppertz, Generalsekretär der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin, über die Auswirkungen der Lockdowns auf Kinder und Jugendliche. So habe sich die Rate von Depressionen, Fettsucht, Diabetes, Abhängigkeiten und Suiziden bei den Heranwachsenden erhöht. „Da sind schlimme Dinge mit den Kindern passiert, die ihnen ja im Wesentlichen auferlegt wurden, um die gesamtepidemische Lage in den Griff zu bekommen“, sagte Huppertz. Außerdem seien wichtige präventive Maßnahmen wie Vorsorge- und Schuleingangsuntersuchungen ausgefallen, da beispielsweise die Eltern es mieden, mit ihren Kindern zum Arzt zu gehen.

Die Schere bei der Schulbildung sei noch weiter auseinander gegangen. Da der Onlineunterricht nicht mit Präsenzunterricht zu vergleichen sei, seien wichtige soziale Kompetenzen nicht eingeübt oder aber Schulstoff nicht ausreichend vermittelt worden. Dies betreffe besonders Kinder und Jugendliche aus sozio-ökonomisch schwachen Haushalten, die diese Defizite nicht durch Privathilfe aufgeholt bekämen.

Zu den Maßnahmen sagte Huppertz, dass Masken gut seien, da sie praktisch keine Nebenwirkungen hätten und lediglich lästig seien. Masken seien allerdings nur effektiv, wenn diese auch korrekt aufgesetzt würden. Bei kleinen Kindern seien diese deshalb wenig sinnvoll. Die Schulschlie-

ßungen seien aus den vorher genannten Gründen eine „absolute Katastrophe“. Ebenso kritisierte Huppertz das anlasslose Testen, das Kinder und Jugendliche unbegründet in das Visier als Pandemietreiber kommen ließ, „die Unternehmen haben sich dagegen allerdings erfolgreich gewehrt“. Bei den Impfeempfehlungen habe die STIKO die richtigen Entscheidungen getroffen.

Gesundheitsämter „gelähmt“

Der ehemalige Leiter des Frankfurter Gesundheitsamtes, Prof. Dr. Dr. med. habil. René Gottschalk, bekräftigte seine Kritik aus dem vergangenen Jahr, dass von der Politik überwiegend Virologen und Modellierer als Pandemie-Experten herangezogen worden seien. Auch dass die vulnerablen Gruppen beim Schutz vor Ansteckung nicht im eigentlichen Fokus der Schutzmaßnahmen gestanden hätten, sei „völlig unverständlich“ gewesen, stattdessen habe man Kinder mit den Lockdowns Schaden zugefügt. „Ich glaube, dass uns ein ganz schlimmer Herbst bevorsteht, es hat sich nichts geändert“, sagte Gottschalk. Die Containment-Strategie, also die Isolation und Nachverfolgung von Kontaktpersonen, habe die Gesundheitsämter „gelähmt“ und dadurch besseren Schutz der vulnerablen Gruppen verhindert, da das Personal vollkommen gebunden gewesen sei. „Dadurch sind Menschen in Altenheimen krank geworden und gestorben, weil die Hygiene in den Altenheimen nicht optimal war“, warf Gottschalk den Verantwortlichen vor.

Wissenschaft und Ärzteschaft „ließen sich treiben“

Prof. Dr. med. Matthias Schrappe, Kölner Internist, sagte, dass sich viele Dinge durch die Pandemie verändert hätten. Das reiche vom Privatleben über Politik bis hin zur Wirtschaft. Auch die Wissenschaft sei davon betroffen: Zwar gebe es für sie auf der einen Seite einen Bedeutungszuwachs, aber auf der anderen Seite sei nach

wie vor auch ein unvollständiges Verständnis von Wissenschaft vorhanden. „Es wird immer gesagt: ...die Wissenschaft, ...die Wissenschaftler! Die Wissenschaft scheint plötzlich ein monolithischer Block zu sein, der irgendwo liegt und auf dem steht die Wahrheit drauf geschrieben und dann ist das so.“ Schrappe sagte, dass es ein Albtraum sei, wenn die Politik genau das machen müsste, was die Wissenschaft herausgefunden habe. Die Ärztinnen und Ärzte sollten sich auch wieder auf ihr Fach besinnen. „Wir haben uns dahin treiben lassen, dass wir Krankheit und Laborbefund verwechselt haben.“ Ein positiver PCR-Test sei noch kein Beleg für eine Erkrankung, sondern nur für eine Besiedelung; auch dass Angst als Mittel zur Risikokommunikation eingesetzt werde, sei vollkommen ungeeignet, so Schrappe. Die Bevölkerung verdiene auch ein Ausstiegsszenario, sonst verliere man die Bereitschaft der Menschen.

„Versagen der Gerichte“

Über die juristischen Aspekte der Pandemie referierte anschließend Prof. Dr. jur. Uwe Volkmann, Rechtswissenschaftler an der Frankfurter Goethe-Universität. Der Befund des Rechtssystems in der Krise sei ebenfalls kaum positiv. „Es war auch für das Rechtssystem ein besonderer Stress-test“, sagte Volkmann, „im Großen und Ganzen hat es diesen nicht sonderlich gut bestanden“. So hätten die massiven Grundrechtseingriffe nicht die in der Verfassung vorgesehenen Organe entschieden, sondern „Gremien und Kabinette, die nicht öffentlich tagen und so nicht in der Verfassung vorgesehen sind“. Neben diesem Ausfall der formellen Bindung, sei es auch zu einem Ausfall der materiellen Bindung gekommen. Die Maßnahmen seien noch für die ersten Wochen der Pandemie rechtfertigbar gewesen, aber dann hätte man stärker differenzieren müssen. Gerade der zweite Lockdown habe noch viele sinnlose Maßnahmen enthalten, so Volkmann. Auch die Gerichte hätten nur vereinzelt Maßnahmen und Anordnungen aufgehoben, in den ersten sechs Wochen der Pandemie sei das überhaupt nicht der Fall gewesen. „Das erfolgt unter dem Druck einer öffentlichen Meinung und die Kritik der Gerichte wird zum ersten Mal



Foto: Regina Lindhoff

Moderiert von Prof. Dr. med. Ursel Heudorf vom Vorstand der Bad Nauheimer Gespräche diskutierten (von links): Dr. med. Edgar Pinkowski, Prof. Dr. med. Hans-Iko Huppertz, Prof. Dr. Dr. med. René Gottschalk, Prof. Dr. med. Matthias Schrappe, Prof. Dr. jur. Uwe Volkmann und Dr. h. c. Jörg Uwe Hahn.

dann artikuliert, wenn sich auch in der Bevölkerung Kritik regt.“ Selbst das Bundesverfassungsgericht habe „keine gute Figur gemacht“ und sei ein „Totalausfall“. Während es bei anderen Themen, beispielsweise beim Klima, den Kurs der Politik korrigiere, habe es die Politik während der Covid-19-Pandemie weitestgehend gewähren lassen.

Politik habe sich verändert

Dr. h. c. Jörg Uwe Hahn, Jurist, FDP-Politiker und Vizepräsident des Hessischen Landtages, antwortete auf die Frage, was sich seit der Regierungsbeteiligung seiner Partei geändert habe: „Sehr viel: Es gibt keine Impfpflicht, es gibt keinen Lockdown mehr und es wird auch keine Schulschließungen mehr geben.“ Der ehemalige Gesundheitsminister Spahn und der amtierende Gesundheitsminister Lauterbach seien in ihrem Vorgehen gleich, lediglich ihr Team sei ein anderes. Das „Team Vorsicht“ sei durch das „Team Mut“ abgelöst worden. Hahn möchte zur „Rebellion“ aufrufen und nicht nur pessimistisch in die Vergangenheit schauen. Zu den Gerichten sagte er, dass niemand von den Richtern am Pranger stehen möchte. „Wir haben nicht mehr die Generation der Knorrigen des letzten Jahrhunderts, sondern eine anders sozialisierte Richterschaft, die manchmal den politischen Wetter hinterher geht.“

Diskussion mit Auditorium

Nach den Redebeiträgen der Experten auf dem Podium begann die Diskussion mit der Zuhörerschaft. Zunächst schilderte

Prof. Dr. med. Johannes Pantel sein Unbehagen bezüglich verschiedener Maßnahmen und vor allem gegenüber der Leitlinie für Schulen. Moderatorin Heudorf stimmte seiner Kritik zu. Sie ergänzte, dass mittlerweile ein Gremium tage, das diese Leitlinie überarbeite. In dieser ist unter anderem eine Empfehlung für das anlasslose Testen und dem Maskentragen enthalten. Huppertz pflichtete inhaltlich ebenfalls bei und sagte, dass diese Leitlinie aufgestellt worden sei als es noch keine Impfung gegeben habe. Deshalb habe man die diese Leitlinie aufgestellt. „Die Leitlinie ist völlig veraltet“, so Huppertz. Eine weitere ZuhörerIn, die sich lediglich als Hausärztin vorstellte, kritisierte ebenfalls die Maßnahmen. Die Hauptaufgabe der Ärzteschaft sei es während der Pandemie gewesen, die Patienten zu beruhigen, weil von Politik und Medien Angst vor dem Virus gemacht worden sei. Auch übe sie Kritik an der Impfung und deren angeblich vielen Nebenwirkungen, die von dem Medizinern auf dem Podium als haltlos zurückgewiesen wurde. „Die normalen, zu erwarteten Nebenwirkung sind tatsächlich da, aber schwerwiegende Nebenwirkung gibt es nicht mehr als bei anderen Impfstoffen auch“, entgegnete Gottschalk. Im Anschluss folgte auch eine Diskussion über die Verantwortung der Presse während der Pandemie, die, so der Vorwurf der Anwesenden, unbegründet Angst unter der Bevölkerung geschürt habe. „Herr Scholz wollte Karl Lauterbach nicht als Gesundheitsminister, die Presse hat ihn reingeschrieben“, sagte Pinkowski.

Lukas Reus